

4. Ministerkonferenz zu Umwelt und Gesundheit vom 23.–25.6.2004 in Budapest

Die Zukunft unserer Kinder

Vom 23.–25.6.2004 fand in Budapest die 4. Konferenz der Europäischen Umwelt- und Gesundheitsminister statt. Regierungsvertreter aus der Europäischen Region der Weltgesundheitsorganisation (WHO) diskutierten die Zusammenhänge zwischen Umwelteinflüssen und Gesundheit. Die Konferenz setzte den internationalen Dialog fort, der im Jahr 1989 in Frankfurt begonnen und über Helsinki (1994) und London (1999) nach Budapest geführt hatte. Auf der Konferenz wurden eine Konferenzerklärung und ein Kinderaktionsplan verabschiedet.

Die „Budapest-Konferenz“ mit dem Motto „Die Zukunft unseren Kindern“ hatte die höchste Länderbeteiligung seit Beginn des europäischen Prozesses für Umwelt und Gesundheit. Über 40 Umwelt- und Gesundheitsminister sowie weitere Delegationsmitglieder aus 50 der 52 Mitgliedsstaaten diskutierten über die Zusammenhänge zwischen Umwelteinflüssen und Gesundheit. In ihrer Deklaration bekräftigten die Umwelt- und Gesundheitsminister den eingeschlagenen Weg hin zu einer für den Menschen gesunden Umwelt: Bestehende nationale Aktionspläne für Umwelt und Gesundheit sollen fortgeführt und nationale Kinderaktionspläne integriert oder ergänzt werden.

Parallel zur Tagung konnten die Mitgliedsstaaten ihre Aktivitäten im Bereich Umwelt und Gesundheit an Länderständen vorstellen. Der Stand des deutschen Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit (APUG) informierte über die Arbei-

ten zum APUG, über Forschungsprojekte im Bereich Kinder, Umwelt und Gesundheit sowie über Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit. Thematischer Schwerpunkt des APUG sind Kinder und Jugendliche. Das Programm wurde 1999 auf der 3. Konferenz für Umwelt und Gesundheit in London präsentiert. Damit erfüllte Deutschland seine Verpflichtungen aus der 2. Konferenz der Umwelt- und Gesundheitsminister von 1994 in Helsinki.

Das deutsche Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit wurde von den Bundesministerien für Gesundheit und Soziale Sicherung sowie Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ins Leben gerufen. Am APUG beteiligt sich seit Herbst 2002 auch das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL). Gestützt wird das Aktionsprogramm von den wissenschaftlichen Bundesoberbehörden Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), dem Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), dem Robert Koch-Institut (RKI) sowie dem Umweltbundesamt (UBA). Viele der Forschungsprojekte und Aktivitäten im Rahmen des APUG befassen sich mit dem besonderen Schutz von Kindern und ihrer immer wieder diskutierten höheren Empfindlichkeit. Kinder reagieren auf Umwelteinflüsse teilweise anders als Erwachsene und können sich manchen Belastungssituationen nur schwer entziehen. Als schwächeres und empfindlicheres Glied der Gesellschaft bedürfen sie im Bemühen, für die Bevölkerung eine gesunde Umwelt zu

schaffen, eines besonderen Schutzes vor umweltbedingten Gesundheitsbeeinträchtigungen. Eine wichtige Säule des Aktionsprogramms ist auch die Informations- und Aufklärungsarbeit von Kindern und Jugendlichen.

Die gesundheitliche Situation der Kinder hat sich in Westeuropa im vergangenen Jahrhundert wesentlich verbessert. Kindersterblichkeit und lebensbedrohliche Infektionskrankheiten sind deutlich zurückgegangen, die durchschnittliche Lebenserwartung der Bevölkerung ist um über 30 Jahre gestiegen. Dennoch besteht in vielen Bereichen Anlass zur Sorge. Chemikalien in Produkten, Fehlernährung, Bewegungsmangel, Luftverunreinigungen durch z. B. Tabakrauch und Verkehr sowie Flug- und Verkehrslärm können eine Gefahr für die Gesundheit von Kindern darstellen. Gesundheitsbeeinträchtigungen sind oft nicht kurzfristig sichtbar, sondern werden erst Jahre später in ihrem ganzen Ausmaß manifest.

Im Vorfeld der Budapest-Konferenz untersuchte die WHO die wichtigsten Faktoren umweltbedingter Krankheiten bei Kindern. Die in der Fachzeitschrift Lancet [1] veröffentlichte Studie bewertet erstmals die Gesamtheit der umweltbedingten Auswirkungen durch Außen- und Raumluft, unsauberes Trinkwasser und Blei sowie durch Verletzungen und Unfälle auf die Kindergesundheit in der europäischen WHO-Region. Da es innerhalb dieser Region, die von Portugal über Tadschikistan bis in den asiatischen Teil der Russischen

Föderation reicht, deutliche Unterschiede der umwelt- und gesundheitspolitischen Situation gibt, hat die WHO die Region in 3 Teilregionen unterteilt. Die für Westeuropa dringendsten Probleme sind danach Verkehrsunfälle, Feinstäube und Blei.

Prozess „Umwelt und Gesundheit“ in der WHO-Region Europa

Die WHO mit Hauptsitz in Genf ist weltweit in 6 Regionalbüros unterteilt, die jeweils die Anliegen ihrer Region vertreten. Das WHO-Regionalbüro Europa hat seinen Sitz in Kopenhagen. Die Mitgliedsstaaten der WHO-Region Europa verabschiedeten 1984 die Strategie „Gesundheit für Alle“, mit der sie sich erstmalig auf eine gemeinsame Gesundheitspolitik mit einer Reihe von Zielvorgaben bis zum Jahr 2000 einigten. Eine überarbeitete Version dieses Programms wurde 1998 unter dem Titel „Gesundheit 21“ vorgelegt. Insbesondere in Kapitel 5 werden die Zusammenhänge zwischen Umwelt und Gesundheit dargestellt. Gesundheit wird nicht allein als Abwesenheit von Krankheit verstanden, sondern bedeutet körperliches, geistiges, psychisches und soziales Wohlbefinden. Zum Bereich „Umwelt und Gesundheit“ gehören nach der Definition der WHO sowohl direkte gesundheitliche Störungen durch Chemikalien, Strahlung und biologische Agenzien als auch die oft indirekten Störungen durch physische, psychosoziale und ästhetische Faktoren wie Wohnungswesen, Stadtentwicklung, Raumplanung und Verkehr. Ziel der WHO-Europa ist es, die nationale und internationale Auseinandersetzung mit den Auswirkungen von Umweltfaktoren auf die menschliche Gesundheit zu fördern. Mit den paneuropäischen Ministerkonferenzen zu Umwelt und Gesundheit sollen Verbindungen zwischen den Ressorts Umwelt und Gesundheit geschaffen werden.

Die 1. Interministerielle Konferenz für Umwelt und Gesundheit fand 1989 in Frankfurt am Main statt. Auf ihr verabschiedeten die Umwelt- und Gesundheitsminister der WHO-Region Europa die „Europäische Charta für Umwelt und Gesundheit“, in der sie fordern, dass jeder Mensch einen Anspruch auf eine Umwelt hat, die ein höchstmögliches Maß an Gesundheit und Wohlbefinden ermöglicht. Die Ein-

richtung eines europäischen WHO-Zentrums für Umwelt und Gesundheit wurde ebenso beschlossen. Seit dieser ersten Konferenz treffen sich die Umwelt- und Gesundheitsminister sowie weitere hochrangige Delegierte aus den heute 52 Staaten der WHO-Region Europa im 5-Jahres-Rhythmus.

Die 2. Europakonferenz Umwelt und Gesundheit fand 1994 in Helsinki in einem gegenüber 1989 politisch völlig veränderten Europa statt. Die Zahl der Mitgliedsstaaten hatte sich von 29 auf 50 erhöht. Schwerpunkt der 2. Konferenz war eine umfassende Betrachtung der Situation unter dem Thema „Concern for Europe's Tomorrow“. Die Minister verabschiedeten die „Erklärung über Maßnahmen für Umwelt und Gesundheit in Europa“. Diese leitete den „Umwelt- und Gesundheitsplan für Europa“ ein und verpflichtete die Mitgliedsstaaten, nationale Umwelt- und Gesundheitspläne (NEHAPs) zu entwickeln. Deutschland legte sein nationales Umwelt- und Gesundheitsprogramm – das Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit (APUG) – 1999 zur 3. Konferenz vor. Die in London tagende Konferenz stand unter dem Motto „Action in Partnership“. Die Minister unterzeichneten das Protokoll über Wasser und Gesundheit zur „Übereinkunft zum Schutz und zur Nutzung von grenzübergreifenden Wasserläufen und Internationalen Seen 1992“. Zudem wurde die „Charta für Verkehr, Umwelt und Gesundheit“ verabschiedet, aus der das paneuropäische Programm Verkehr, Gesundheit und Umwelt (THE PEP) entstanden ist, das beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg vorgelegt wurde. THE PEP legt besonderen Nachdruck auf die Gefährdung und die Bedürfnisse von Kindern im Verkehr.

Im Vordergrund der 4. Konferenz 2004 „The future for our children“ stand der europäische Kinderaktionsplan. Der Kinderaktionsplan berücksichtigt die unterschiedlichen Umwelt- und Gesundheitsstandards in den Mitgliedsstaaten und benennt die wichtigsten Problemfelder im Bereich Kindergesundheit und Umwelt. Die EU-Kommission legte zur Budapest-Konferenz zudem ihren „Aktionsplan Umwelt und Gesundheit 2004–2010“ vor. In ihrer Konferenzklärung beschlossen die

Minister, den Prozess für Umwelt und Gesundheit fortzusetzen und 2007 eine zwischenstaatliche Konferenz zur Präsentation der Arbeitsergebnisse abzuhalten. Zur 5. Konferenz für Umwelt und Gesundheit 2009 werden sich die Umwelt- und Gesundheitsminister in Italien treffen.

Die Konferenzen für Umwelt und Gesundheit werden vom WHO-Regionalbüro Europa zusammen mit den Umwelt- und Gesundheitsministerien der Mitgliedsstaaten ausgerichtet. Vorbereitung und Organisation obliegen seit 1995 dem Lenkungsausschuss des Europäischen Ausschusses für Umwelt und Gesundheit (EEHC) mit Sekretariat im Kopenhagener WHO-Regionalbüro. Der EEHC ist ein Bündnis von Vertretern aus den Mitgliedsstaaten, zwischenstaatlichen Organisationen und internationalen Bürgergruppierungen und bringt damit die unterschiedlichen Akteure im Prozess für Umwelt und Gesundheit zusammen. An zwischenstaatlichen Organisationen sind im EEHC die Europäische Kommission, die Europäische Umweltagentur, die Internationale Arbeitsorganisation, OECD, UNICEF, UNECE, UNEP, Weltbank und WHO vertreten. Von den Nichtregierungsorganisationen sind das Ecoforum und European Public Health Alliance, der Internationale Rat für Kommunale Umweltinitiativen (ICLEI), das World Business Council for Sustainable Development, der Internationale Bund freier Gewerkschaften und die Internationale Föderation von Umweltmedizinern (IFEH) beteiligt. Einen wichtigen Beitrag zur 4. Ministerkonferenz leisteten auch die beiden europäischen WHO-Zentren für Umwelt und Gesundheit in Bonn und Rom.

Die Konferenzen für Umwelt und Gesundheit stehen im Zusammenhang mit dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung, das die internationale Staatengemeinschaft 1992 auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro verabschiedete und auf dem Weltgipfel 2002 in Johannesburg erneuerte. Die Agenda 21, d. h. der globale Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung, fordert in Kapitel 6 die Einbeziehung von Gesundheitsaspekten in die Umweltpolitik. Bereits 1989 betonten die Vereinten Nationen in der Kinderrechtskonvention das Anrecht der Kinder auf eine gesunde Umwelt, das ebenso

auf dem Weltkindergipfel 2002 erneut eingefordert wurde. Die G8-Umweltminister haben 1997 die Verbesserung des Schutzes von Kindern gegenüber Umweltbelastungen gefordert.

Die Ergebnisse der Budapest-Konferenz

Die Umwelt- und Gesundheitsminister verabschiedeten auf der Budapest-Konferenz eine Konferenzerklärung sowie den Kinderaktionsplan einschließlich eines Maßnahmenplans. Die EU-Kommission stellte anlässlich der Budapest-Konferenz ihren Aktionsplan Umwelt und Gesundheit 2004–2010 vor. Dieser ist so konzipiert, dass er im Einklang mit der Ministererklärung und dem Kinderaktionsplan der Budapest-Konferenz steht.

Konferenzerklärung

In ihrer Konferenzerklärung verpflichten sich die Minister zu verschiedenen Aktivitäten zum Schutz der Bevölkerung und insbesondere der Kinder in unterschiedlichen Politikfeldern. Ziel ist dabei, nicht nur bestehende Belastungen zu vermindern, sondern im Sinne der Prävention möglichst im Vorfeld relevante Belastungen zu verhindern. Zu den Politikfeldern gehören:

- Verkehrspolitik: stärkere Integration von Gesundheits- und Umweltaspekten in die Verkehrspolitik.
- Klimapolitik: Berücksichtigung der Folgen des Klimawandels mit den einhergehenden extremen Wetter- und Klimaereignissen auf die menschliche Gesundheit.
- Forschungspolitik: Förderung wissenschaftlicher Arbeiten über die Zusammenhänge zwischen Umwelt und Gesundheit.
- Volkswirtschaftliche Kosten: Ermittlung der wirtschaftlichen Auswirkungen der gesellschaftlichen Kosten von umweltbedingten Erkrankungen.
- Wohnungspolitik: Gesundheits- und Umweltaspekte sollen zum Kern jeder Wohnungspolitik werden, um gesunde Wohnbedingungen sicherzustellen.
- Umweltverträglichkeitsprüfung: In der Umweltverträglichkeitsprüfung

sollen gesundheitliche Aspekte stärker berücksichtigt werden.

- Chemikalienpolitik: Die Minister begrüßen in ihrer Deklaration die Chemikalienpolitik der EU (REACH) und fordern Hersteller auf, keine Produkte, insbesondere kein Kinderspielzeug, mit für die Gesundheit und Umwelt bedenklichen Inhaltsstoffen auf den Markt zu bringen.

Die Minister fordern die Stärkung verschiedener Instrumente der Politikgestaltung. Ein wichtiges Anliegen ist der Aufbau eines gesamteuropäischen Umwelt- und Gesundheitsinformationssystems (Environmental Health Information System EHIS). Sie bekräftigen die Anwendung des Vorsorgeprinzips als wichtiges Instrument des Risikomanagements, das insbesondere zum Schutz von Kindern angewandt werden muss, sowie die Stärkung von Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Die Minister stellen in ihrer Deklaration kritisch fest, dass gesundheitliche Aspekte noch immer nicht ausreichend Eingang in die Strategie einer nachhaltigen Entwicklung gefunden haben, obwohl alle wichtigen umweltpolitischen Themen Schnittstellen zur Gesundheit haben. Sie fordern, die nationalen Aktionspläne für Umwelt und Gesundheit fortzuschreiben sowie nationale Kinderaktionspläne zu integrieren oder zu ergänzen.

Kinderaktionsplan

Der Kinderaktionsplan verpflichtet die Umwelt- und Gesundheitsminister, nationale Maßnahmen zum Schutz von Kindern zu ergreifen. Er verfolgt 4 vorrangige Ziele für die Gesamtregion WHO-Europa mit einer Vielzahl von Unterzielen:

1. Vermeidung von Magen-Darm-Erkrankungen und die Verbesserung der Wasserversorgung sowie Abwasserentsorgung. Dieses Ziel ist für Deutschland mit Ausnahme der Bleiproblematik in Trinkwasser nicht relevant.
2. Vermeidung von Unfällen, Verletzungen und die Förderung von Bewegung zur Eindämmung von Übergewicht und Fettleibigkeit. Dieses Ziel betrifft Aktionen im Bereich der Wohnumfeldverbesserung, des Schul- und Freizeitbereiches, des Straßenverkehrs sowie der Stadtplanung. Außer-

dem sollen Bewegung durch Sportunterricht sowie die Schaffung von Möglichkeiten zu Sport und Spiel im Wohnumfeld gefördert und Maßnahmen zum Erlernen von gesunden Ernährungsgewohnheiten eingeleitet werden.

3. Vermeidung von Atemwegserkrankungen und Asthma durch bessere Innen- und Außenluftqualität. Notwendige Maßnahmen sind die Entwicklung von Strategien zur Innenraumluftreinigung, Rauchverbote und die Installation von sicheren Koch- und Heizsystemen sowie die Durchführung von Surveys. Für eine bessere Außenluft müssen verkehrs- und industriebezogene Maßnahmen ergriffen werden. Besonderes Augenmerk stellt die Problematik der Luftverschmutzung durch Rußpartikel von Dieselfahrzeugen dar. Die Minister fordern insbesondere die Autoindustrie auf, alle neuen Dieselfahrzeuge mit Partikelfiltern oder anderen geeigneten technischen Lösungen auszurüsten, um den Ausstoß an Rußpartikeln drastisch zu vermindern.

4. Verringerung des Risikos, durch eine Exposition gegenüber Schwermetallen, gefährlichen Chemikalien, Lärm oder UV-Strahlung zu erkranken. Damit soll der Anteil der Kinder mit Geburtsschäden, geistigen Behinderungen und Entwicklungsstörungen sowie die Inzidenz von Melanomen und anderen Formen von Krebs im späteren Leben von Kindern reduziert werden.

Der Kinderaktionsplan wird durch einen auf Kinder ausgerichteten Maßnahmenkatalog ergänzt, der zu allen Punkten des Kinderaktionsplans eine Vielzahl weiterer Aktivitäten enthält. Der Schwerpunkt der vorgeschlagenen Maßnahmen, die den Mitgliedsstaaten und Lokalbehörden zur Orientierung bei der Umsetzung dieser Ziele dienen sollen, sind Präventionsstrategien. Die Vorschläge sind so konzipiert, dass die einzelnen Staaten ihrer Situation entsprechend Maßnahmen auswählen können. Die Durchführung der Maßnahmen erfordert eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen dem Umwelt- und Gesundheitssektor sowie weiteren Sektoren ebenso wie die Festigung und Ausweitung der Zusammenarbeit der WHO mit der Europäischen Kommission. Die nationalen Kinderaktionspläne sollen bis zur zwischenstaatlichen Konfe-

renz 2007 erarbeitet oder in bestehende Aktionsprogramme integriert werden. In Deutschland wird auf Bundesebene die Umsetzung vorrangig im Rahmen des bestehenden Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit (APUG) erfolgen.

Als Beitrag zur Budapest-Konferenz hat die EU-Kommission ihren „Aktionsplan Umwelt und Gesundheit 2004 bis 2010“ vorgelegt. Er ist Teil der 2003 verabschiedeten europäischen Strategie für Umwelt und Gesundheit „Scale“ (Science, Children, Awareness, Legal Instruments, Evaluation). Ziel des Europäischen Aktionsplans ist, in einem ersten Schritt wissenschaftliche Informationen zu generieren, auf deren Grundlage der Beitrag von Umweltfaktoren zu Gesundheitsproblemen beurteilt werden kann. Um dies zu erreichen, beinhaltet der Aktionsplan 3 Schwerpunkte mit 13 dazugehörigen Aktionen: die Verbesserung des Informationsflusses, die Verstärkung der Forschung sowie die Verbesserung der Kommunikation. Der Europäische Aktionsplan umfasst folgende Themen:

Verbesserung des Informationsflusses durch Entwicklung integrierter Umwelt- und Gesundheitsinformationen zum Verständnis der Zusammenhänge zwischen Verschmutzungsquellen und Auswirkungen auf die Gesundheit.

- Aktion 1: Entwicklung umweltbezogener Gesundheitsindikatoren,
- Aktion 2: Entwicklung einer integrierten Überwachung der Umwelt einschließlich der Lebensmittel zur Feststellung der einschlägigen Exposition des Menschen,
- Aktion 3: Entwicklung eines konsequenten Konzeptes für die biologische Überwachung in Europa,
- Aktion 4: Verbesserte Koordinierung und gemeinsame Tätigkeiten auf dem Gebiet Umwelt und Gesundheit.

Schließung der Wissenslücke durch Verstärkung der Forschung zu Umwelt und Gesundheit und Aufzeigen neuer Fragen

- Aktion 5: Integration und Stärkung der europäischen Umwelt- und Gesundheitsforschung,

- Aktion 6: Gezielte Forschung zu den Themen Krankheiten, Störungen und Expositionen,
- Aktion 7: Entwicklung methodischer Systeme zur Analyse der Wechselwirkungen zwischen Umwelt und Gesundheit,
- Aktion 8: Gewährleistung der Ermittlung und Bekämpfung möglicher Risiken für Umwelt und Gesundheit.

Reaktion: Überprüfung der Politik und Verbesserung der Kommunikation durch bessere Sensibilisierung, Kommunikation der Risiken, durch Ausbildung und Unter- richtung, um den Bürgern die Informationen zu geben, die sie benötigen, um sich gesundheitsbewusster zu verhalten, und um sicherzustellen, dass die einschlägigen Fachkräfte sich der Wechselwirkungen von Umwelt und Gesundheit bewusst sind.

- Aktion 9: Entwicklung von Maßnahmen zur öffentlichen Gesundheit und Zusammenführung von Determinanten der Gesundheit in Abhängigkeit von der Umwelt über das Programm zur öffentlichen Gesundheit,
- Aktion 10: Förderung der Ausbildung von Fachleuten und Verbesserung der organisatorischen Kapazität in den Bereichen Umwelt und Gesundheit durch Überprüfung und Anpassung der Politik zur Risikominderung,
- Aktion 11: Koordinierung der laufenden Maßnahmen zur Risikominderung und Konzentration auf die wichtigsten Krankheiten,
- Aktion 12: Verbesserung der Luftqualität in Innenräumen,
- Aktion 13: Beobachtung der Entwicklungen in Bezug auf elektromagnetische Felder.

Die EU-Kommission beabsichtigt, in allen Fragen der Wechselwirkung zwischen Umwelt und Gesundheit mit der WHO zusammenzuarbeiten, um Synergien zwischen den Maßnahmen des EU-Aktionsplans und den aus der Budapest-Konferenz resultierenden Maßnahmen zu schaffen. Um die aufgelisteten Aktionen zu konkretisieren, führt die niederländische EU-Ratspräsidentschaft in Kooperation mit der EU-Kommission vom 1.–3.12.2004 eine Konferenz unter Beteiligung von Behör-

den-, Nichtregierungsorganisationen und Industrievertretern aus den EU-Mitgliedstaaten durch, auf der Vorschläge zur Umsetzung des Aktionsplans Umwelt und Gesundheit 2004–2010 in die Praxis erarbeitet wurden.

Die Konferenzergebnisse im Kontext deutscher Umwelt- und Gesundheitspolitik

Das Querschnittsthema „Umwelt und Gesundheit“ hat durch die WHO- und die EU-Aktivitäten politisch größeres Gewicht bekommen. Die Konferenzdeklaration, der Kinderaktionsplan und der Europäische Aktionsplan beinhalten das politische Mandat, die Verpflichtungen aus den Dokumenten in die nationale Politik umzusetzen. Die in Budapest gefassten Beschlüsse sowie der Europäische Aktionsplan spiegeln in hohem Maße die Schwerpunkte der deutschen Politik im Bereich Umwelt und Gesundheit und die Arbeitsschwerpunkte des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit wider. Der in Deutschland beschrittene Weg wurde somit bestätigt. Dies verdeutlichen die nachfolgenden Beispiele.

Umwelteinflüsse und kindliche Gesundheit

In Übereinstimmung mit dem Anliegen der Budapest-Konferenz bildet die Untersuchung der Einflüsse aus der Umwelt auf die kindliche Gesundheit einen Schwerpunkt im deutschen Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit. Zu den zahlreichen kinderbezogenen Aktivitäten des deutschen Aktionsprogramms APUG gehört die Durchführung des Kinder-Umweltsurveys durch das Umweltbundesamt. Der Umweltsurvey ist ein Modul des Nationalen Gesundheitssurvey für Kinder und Jugendliche, der durch das Robert Koch-Institut von 2003–2007 durchgeführt wird. Der Kinder-Umweltsurvey untersucht den Einfluss von Umweltbelastungen auf Allergien des Atemtraktes, auf Reizungen der Augen und des Nasen-Rachen-Raums, auf Kontaktallergien der Haut sowie von Lärmbelastungen auf die Hörfähigkeit. Des Weiteren wird im Kinder-Umweltsurvey die körperliche Schadstoffbelastung (Human-Biomonitoring)

und die Belastung von Wohnräumen und häuslichem Trinkwasser (Innenraum-Monitoring) erfasst. Diese Daten können als Grundlage für Entscheidungen über geeignete Gegenmaßnahmen zur Verminderung der Schadstoffbelastung des Menschen dienen. Deutschland ist auf diesem Gebiet europaweit führend. Entsprechende Untersuchungen sieht auch der Kinderaktionsplan vor. Auf der Budapest-Konferenz hat die deutsche Delegation eine im Rahmen des APUG erarbeitete Broschüre mit dem Titel „Umweltbedingte Gesundheitsrisiken – Was ist bei Kindern anders als bei Erwachsenen?“ vorgelegt. Darin sind die Ergebnisse von mehreren Forschungsvorhaben zusammenfassend dargestellt und bewertet (im Internet verfügbar unter http://www.apug.de/archiv/pdf/broschuere_kinder_suszept.pdf).

Luftreinhaltung

Reine Luft mit möglichst geringen Schadstoffanteilen ist eine Grundvoraussetzung gesunden Lebens. Neben der Qualität der Außenluft ist vor allem auch die Innenraumluft von Bedeutung, da sich Menschen in Mitteleuropa ca. 80–90% ihrer Zeit in Innenräumen aufhalten. Die Forderung nach Verringerung der Verunreinigungen der Außenluft durch feine Staubpartikel aus Abgasen von Dieselfahrzeugen gehört zu den Schwerpunkten der gesundheitsbezogenen Umweltpolitik des Bundesumweltministeriums. Diese Forderung wurde auf der Budapest-Konferenz unterstützt: Weltgesundheitsorganisation, Europäische Kommission sowie die Umwelt- und Gesundheitsminister fordern die Automobilhersteller auf, neue Dieselfahrzeuge mit Partikelfiltern auszurüsten. In Deutschland konnte hier bereits ein erster Erfolg erzielt werden, indem ein Kompromiss mit der deutschen Autoindustrie verbucht wurde, durch den spätestens ab 2008 alle Neufahrzeuge mit Partikelfiltern ausgestattet sein werden. Zur beschleunigten Einführung will die Bundesregierung den freiwilligen Filtereinbau ab 2005 steuerlich fördern.

Zur Verringerung der Schadstoffbelastung in der Innenraumluft dienen verschiedene Projekte des deutschen Aktionsprogramms APUG. Beispielhaft genannt seien die Entwicklung eines Prüf- und Be-

wertungsverfahrens zur gesundheitlichen Bewertung der Ausgasung flüchtiger organischer Chemikalien aus Bauprodukten, die Erarbeitung von Prüf- und Sanierungsempfehlungen sowie Vermeidungsstrategien bei Schimmelpilzbefall, die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen zum Erhalt einer guten Luftqualität in gedämmten und luftdichten Gebäuden, das Umweltzeichen „Blauer Engel“, das für eine Vielzahl emissionsarmer Produkte im Wohnbereich vergeben wurde (z. B. Polstermöbel, Bodenbeläge, Holzbauplatten, Wandfarben) oder die Vermeidung und Verringerung von Radonbelastungen in Innenräumen. Auch Aufklärungsarbeit und Kampagnen zu den Gefahren von Passivrauchen stehen im Mittelpunkt. Deutschland beteiligt sich am europäischen Projekt „Gesundes Wohnen“, das vom Bonner Büro des Europäischen Zentrums für Umwelt und Gesundheit der WHO durchgeführt wird, und sich mit den vielfältigen Einflüssen des Wohnens auf die Gesundheit befasst.

Chemikalienpolitik

Die Auswirkungen der meisten heute verwendeten Chemikalien auf die Gesundheit des Menschen und die Umwelt sind unzureichend untersucht. Die Europäische Kommission hat deshalb 2003 einen Vorschlag zur umfassenden Reform des bestehenden EU-Chemikalienrechts vorgelegt. Mit dem geplanten neuen EU-Chemikalienrecht (REACH) könnten Gesundheits- oder umweltschädliche Auswirkungen erkannt und vermieden werden. Mit der Budapester Konferenzklärung wird die große Bedeutung dieser Reform für die sichere Verwendung von Chemikalien innerhalb und außerhalb der Europäischen Union unterstrichen. Auch im Maßnahmenkatalog zum Kinderaktionsplan ist der Schutz von Kindern vor gefährlichen Chemikalien ein wichtiges Anliegen. Breiten Raum nahm auf der Konferenz die Diskussion zur Verwendung von Chemikalien in Kinderprodukten und -spielzeug ein. Die Umwelt- und Gesundheitsminister forderten die Hersteller auf, keine Produkte mehr auf den Markt zu bringen, die sich nachteilig auf die Gesundheit von Kindern oder die Umwelt auswirken oder auswirken können. Zudem sollen rechtliche Maßnahmen zum Ersatz ge-

sundheitsgefährdender Phthalate (Weichmacher in Kunststoffen) in Kinderprodukten geprüft werden. Ein weiteres Anliegen war die Bewertung von Duftstoffen in dieser Produktgruppe.

Klimaschutz

Klimaveränderungen können zu extremen Wetterverhältnissen, wie z. B. Hochwasser, Hitzewellen oder Kälteeinbrüchen, führen. Die Umwelt- und Gesundheitsminister haben daher in Budapest beschlossen, Maßnahmen zur Verringerung der aus den Klimaveränderungen resultierenden Krankheitslast durchzuführen. Die Ratifizierung und Umsetzung des Kyoto-Protokolls wurde als wichtiger Schritt zur Verringerung der kurz- und langfristigen Gefahren für die menschliche Gesundheit in der Konferenzdeklaration unterstrichen. Klimaschutz und die Förderung erneuerbarer Energien gehören zu den Aufgabenschwerpunkten des Bundesumweltministeriums. Zwischen 1990 und 2003 konnte ein Rückgang an Treibhausgasemissionen um 19% erreicht werden. Dieser Rückgang entspricht mehr als zwei Drittel der insgesamt von der Europäischen Union zu erbringenden Leistung. Ein Fortschrittsbericht über die internationale Zusammenarbeit zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die menschliche Gesundheit soll auf der Zwischenkonferenz 2007 vorgelegt werden.

Informationssystem Umwelt und Gesundheit

Als weiteres Instrument soll ein Umwelt- und Gesundheitsinformationssystem entwickelt werden. Diese Entwicklung wird sowohl auf EU- als auch auf WHO-Ebene mit hoher Priorität behandelt. Als Instrument zur Politikgestaltung haben die Minister in Budapest beschlossen, die Entwicklung und Einführung eines gesamteuropäischen Umwelt- und Gesundheitsinformationssystems voranzubringen. Ein solches Informationssystem soll die nationale und internationale Berichterstattung vereinheitlichen und die effektive Nutzung von Ressourcen sicherstellen. Grundlage des Informationssystems ist ein Kernsatz von Umwelt- und Gesundheitsindikatoren, an dem derzeit unter Beteiligung

Deutschlands gearbeitet wird. Harmonisierte und vergleichbare Monitoringsysteme sollen der Politik zur Festlegung vorrangiger Aufgaben und der Bewertung der Wirksamkeit von durchgeführten umwelt- und gesundheitspolitischen Maßnahmen dienen.

Aufklärung der Öffentlichkeit

In der Konferenzdeklaration wird als wichtige Zukunftsaufgabe betont, dass der Dialog mit der Bevölkerung über Fragen zu Umwelteinwirkungen auf die Gesundheit intensiviert werden muss. Das deutsche Aktionsprogramm stellt Internetseiten für die allgemeine und die Fachöffentlichkeit (<http://www.apug.de>) sowie für Kinder und Jugendliche mit altersgerecht aufbereiteten Informationen (<http://www.kinderwelt.org>) bereit. Des Weiteren wurde der Öffentlichkeit kürzlich die Broschüre „Umwelt und Gesundheit in Deutschland – Beispiele aus dem täglichen Leben“ vorgestellt (im Internet verfügbar unter http://www.apug.de/archiv/pdf/ug_broschuere.pdf).

Vorsorge und Prävention

Vorsorge und Prävention vermeiden nicht nur Krankheit und Leid, sondern schaffen auch bessere und gesündere Lebensbedingungen. Ziel ist, den Schutz der Kinder vor umweltbedingten Gesundheitsrisiken deutlich zu verbessern. Hierzu trägt eine gute Information der Bevölkerung über gesundheitliche Risiken aus der Umwelt

bei, wie sie im Rahmen des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit durchgeführt wird. Auch im Bereich Bewegungsmangel, falsche Ernährung, Stress, Drogen und Sucht, wie z. B. Rauchen, führen das Bundesgesundheitsministerium und das Bundesverbraucherschutzministerium zahlreiche Präventionsmaßnahmen durch. Das Vorsorgeprinzip gehört zum Leitbild der deutschen Umweltpolitik.

Ausblick

Die europäischen Umwelt- und Gesundheitsminister mahnten auf der Budapest-Konferenz, Gesundheitsaspekte stärker in das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung zu integrieren. Sie forderten Maßnahmen gegen die Risikofaktoren wie Luftverschmutzung, unsauberes Trinkwasser, gesundheitsgefährdende Chemikalien sowie Verletzungsgefahren. Langfristiges Ziel ist es, eine kindgerechte Umwelt zu verwirklichen.

Der internationale Prozess für Umwelt und Gesundheit hat durch die Budapest-Konferenz und den Europäischen Aktionsplan eine neue Dynamik erhalten. Vor diesem Hintergrund sollten die Chancen genutzt werden, auch auf nationaler Ebene für umwelt- und gesundheitspolitische Maßnahmen eine erhöhte Aufmerksamkeit und Akzeptanz zu erreichen. Nationale Aktionspläne stellen dabei einen wirksamen Mechanismus für die Politikgestaltung dar. Das Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit oder der Nationale Aktionsplan für ein kindgerechtes Deutschland 2004–2010, der zurzeit vom Bundesfamilienministerium erarbeitet wird, weisen in die richtige Richtung. Programme können aber nur so gut sein, wie der politische Wille aller Beteiligten auf Bundes-

und Landesebene stark ist, diese auch mit Leben zu füllen. Voraussetzung dafür ist die Sicherstellung der notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen, damit für die Kinder und die nachfolgenden Generationen eine gesunde Umwelt geschaffen werden kann.

Informationen zum Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit sowie die Dokumente der Budapest-Konferenz und des Europäischen Aktionsplans sind unter <http://www.apug.de> erhältlich.

Korrespondierender Autor

Dr. H. Schreiber

Umweltbundesamt,
Postfach 330022, 14191 Berlin
E-Mail: hedi.schreiber@uba.de

Literatur

1. Valent F et al. (2004) Burden of disease attributable to selected environmental factors and injury among children and adolescents in Europe. *Lancet* 363:2032–2039